

Südkoreanisches Gericht lehnt Antrag auf Freilassung der impeachten Präsidentin ab

Ein südkoreanisches Gericht hat den Antrag auf Freilassung des impeachten Präsidenten Yoon Suk Yeol abgelehnt. Er steht im Verdacht, im Zusammenhang mit dem Ausnahmezustand gegen das Gesetz verstoßen zu haben.

Seoul, Südkorea (AP) — Die Anwälte des des Amtes enthobenen südkoreanischen Präsidenten Yoon Suk Yeol haben am Donnerstag gescheitert, seine Freilassung vor Gericht zu erwirken. Dies geschah einen Tag, nachdem er zu Hause wegen Revolutionsvorwürfen verhaftet wurde, die mit seiner letzten Monat erklärten Kriegsrechtserklärung in Verbindung stehen.

Verhaftung und rechtliche Schritte

Yoon wurde nach mehr als 10 Stunden Verhör am Mittwoch, das in der Zentrale des Korruptionsermittlungsbüros für ranghöhere Beamte stattfand, in ein Untersuchungsgefängnis nahe der Hauptstadt Seoul gebracht. Während des Verhörs machte er von seinem Recht Gebrauch, zu schweigen. Am Donnerstag weigerte sich Yoon, weiteren Fragen der Antikorruptionsbeamten zu beantworten, da seine Anwälte die Rechtmäßigkeit der Untersuchung in Frage stellten.

Gerichtliche Entscheidung

Die Anwälte hatten beim Zentralen Bezirksgericht von Seoul die Überprüfung seines Haftbefehls beantragt, der vom Westlichen

Bezirksgericht von Seoul ausgestellt worden war. Doch das Zentrale Bezirksgericht wies ihren Antrag am späten Donnerstag zurück.

Ermittlungen und politische Krise

Yoon hatte mehrfach Anfragen zur Einvernahme durch die Antikorruptionsbehörde ignoriert, bevor die Polizei eine großangelegte Festnahmeoperation mit Hunderten von Einsatzkräften durchführte, um ihn auf seinem Wohnsitz in Seoul festzunehmen. In den kommenden Tagen wird erwartet, dass die Ermittler einen Haftbefehl gegen ihn beantragen.

Die Antikorruptionsbehörde, die zusammen mit der Polizei und dem Militär untersucht, ob die Kriegsrechtserklärung von Yoon als versuchte Rebellion gewertet werden kann, hat 48 Stunden Zeit, um einen gerichtlichen Haftbefehl zu beantragen oder ihn freizulassen. Am Donnerstag reichten seine Anwälte formell eine Beschwerde bei den Staatsanwälten ein und erklärten, dass die Razzia am Mittwoch, die zur Festnahme eines Staatsoberhauptes führte, illegal gewesen sei.

Öffentliche Unterstützung und politische Krise

Yoon nahm aufgrund von Sicherheitsbedenken nicht an einer Anhörung beim Zentralen Bezirksgericht am Donnerstag teil, die Teil der Überprüfung seines Haftbefehls war, so Seok Dong-hyeon, einer der Anwälte des Präsidenten. Hunderte von Yoons Unterstützern versammelten sich stundenlang in den Straßen nahe des Gerichts und des Untersuchungsgefängnisses, in dem Yoon festgehalten wurde, und schwenkten Banner und riefen Sprüche, die seine Freilassung forderten.

Yoon löste die schwerste politische Krise des Landes seit der Demokratisierung in den späten 1980er Jahren aus, als er am 3. Dezember versuchte, durch die Erklärung des Kriegsrechts und

den Einsatz von Truppen um die Nationalversammlung eine Blockade in der Gesetzgebung zu durchbrechen. Der Stillstand dauerte nur wenige Stunden, bevor die Gesetzgeber es schafften, die Blockade zu überwinden und die Maßnahme aufzuheben.

Die Zukunft von Yoon Suk Yeol

Seine präsidentiellen Befugnisse wurden ausgesetzt, als die oppositionell dominierte Versammlung am 14. Dezember für seine Amtsenthebung stimmte und ihm Rebellion vorwarf. Sein Schicksal liegt jetzt beim Verfassungsgericht, das über die formale Abberufung Yoons oder die Ablehnung der Anklage und seine Wiederherstellung entscheidet.

Yoon und seine Verbündeten haben Ermittlungen zu seiner Rolle im Chaos des 3. Dezember widerstanden. Wochenlang ignorierte er Aufforderungen zur Einvernahme und blieb in seinem offiziellen Wohnsitz, um einer Festnahme zu entgehen, während seine Anwälte der Polizei den Zugang verwehrten und ein Gesetz anführten, das Orte, die potenziell mit Militäргеheimnissen verbunden sind, ohne Zustimmung des Verantwortlichen – Yoon selbst – vor einer Durchsuchung schützt.

Rechtsslage und mögliche Strafen

Yoon wehrte sich auch gegen einen Festnahmeversuch, indem der Sicherheitsdienst des Präsidenten den Wohnsitz abspernte. Schließlich wurde er in Gewahrsam genommen, nachdem Hunderte von Antikorruptionsermittlern und Polizisten eine Razzia im Präsidialkomplex über rund fünf Stunden durchführten. In einer Videoansprache, die kurz vor seiner Überführung in die Zentrale der Antikorruptionsbehörde aufgezeichnet wurde, beklagte Yoon, dass die „Rechtsstaatlichkeit in diesem Land vollständig zusammengebrochen“ sei. Er wiederholte die Argumente seiner Anwälte, dass die Antikorruptionsbehörde keine Befugnis habe,

seine Handlungen zu untersuchen, akzeptierte jedoch die Festnahme, um Gewalt zu verhindern.

Das Verfassungsgericht wies einen Antrag von Yoons Anwälten zurück, eine für Donnerstag angesetzte Anhörung zu seinem Fall zu verschieben. Es besteht die Möglichkeit, dass Yoon sein Recht auf Teilnahme ausüben kann, auch während seiner Haft.

Wenn ein Gericht einen Haftbefehl für Yoons formale Festnahme erlässt, können die Antikorruptionsermittler seine Haft auf bis zu 20 Tage verlängern, währenddessen der Fall an die Staatsanwaltschaft zur Anklageüberprüfung übergeben wird. Sollten die Staatsanwälte Yoon wegen möglicher Anklagen wie Rebellion und Machtmissbrauch anklagen, könnte er bis zur ersten Gerichtsentscheidung, die typischerweise innerhalb von sechs Monaten getroffen wird, in Haft bleiben, erklärte Park Sung-bae, ein auf Strafrecht spezialisierter Anwalt. Nach südkoreanischem Recht kann der Anführer einer Rebellion, falls verurteilt, mit der Todesstrafe oder lebenslanger Haft rechnen.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)